Chamer Zeitung 24.7.19

Zahlreiche Vertreter aus Deutschland beweisen Solidarität und unterstützen die tschechischen Atomkraftgegner. Foto: Mühlbauer

Protest gegen mögliches Atommüllendlager

Atomkraftgegner fahren nach Maňovice nahe Klattau und protestieren

Cham/Maňovice. Die Bürgerinitiative Bayerischer Wald gegen Atomanlagen (BI) ist am Samstag nach Tschechien gefahren, um den Protest gegen den möglichen Bau eines atomaren Endlagers in Grenznähe zum Landkreis Cham zu unterstützen und sich über den Stand der Planungen zu informieren.

Unter den Teilnehmern waren Vertreter vom Bund Naturschutz, Kreisgruppe Cham, der Organisation Zivilcourage, des Bündnisses für Atomausstieg Regensburg sowie Bürger aus dem Landkreis Straubing-Bogen. Auch Vertreter aus Österreich von der Organisation Atomstopp Oberösterreich sowie den Müttern gegen Atomkraft waren vor Ort.

Dünn besiedelte Region

Die Zwischenlager in den tschechischen Atomkraftwerken Temelin und Dukovany füllen sich mit hoch radioaktivem atomaren Müll. Tschechien ist auf der Suche nach einem atomaren Endlager. Das Areal bei dem kleinen Dorf Maňovice, eine dünn besiedelte Region etwa 25 Kilometer südöstlich von Klattau und Luftlinie 70 Kilometer entfernt von Cham, befindet sich in der engeren Standortauswahl.

Die Bürgerinitiative Bayerischer Wald beteiligte sich zum sechsten Mal in Folge an dem Protestmarsch und an der Kundgebung und unterstützte damit die tschechischen Atomkraftgegner. Die Auftaktkundgebung fand vor dem Kulturhaus am Bahnhof in Pačejov statt.

Seit 16 Jahren existieren Pläne zum Bau eines atomaren Endlagers in dieser Gegend. Die Pläne wurden einige Zeit auf Eis gelegt. Seit acht Jahren ist Maňovice wieder in der Diskussion. Drei Millionen Kubikmeter Gestein sollen aus dem anstehenden Granitvorkommen gesprengt werden, so ein Sprecher, um dort die hoch radioaktiven, abgebrannten Kernbrennstäbe, die zurzeit in den Zwischenlagern der Atomkraftwerke Temelin und Dukovany aufbewahrt werden, einzulagern.

Jan Vavřička, Bürgermeister der Gemeinde Pačejov, brachte seine Kritik an dem Standortauswahlverfahren seitens des Ministeriums für Handel und Industrie zum Ausdruck. Die Vorgehensweise für die Standortwahl sei nicht transparent und die betroffenen Gemeinden werden in das Verfahren zu wenig eingebunden. Gut hingegen sei, dass sich alle betroffenen Gemeinden zu einer Plattform zusammengeschlossen haben.

Entscheidung im Jahr 2025

Bei anfänglich 25 Gemeinden im Gründungsjahr 2016 sind es mittlerweile 50 Gemeinden, die der Plattform angehören. Vavřička erläuterte die Schwierigkeiten bei den Gesprächen mit dem Ministerium. Der ständige Wechsel im Ministerium erschwere die Situation der Gemeinden. Er wies darauf hin, dass die Anzahl von ursprünglich sieben Standorten im Jahr 2020 auf vier Standorte reduziert werden soll. Maňovice ist weiterhin in der Diskussion. Der Redner verwies auf hydrologische Gutachten, indem Quellen und eindringendes Wasser in dem Granitvorkommen nachweisbar seien, was einen Ausschluss von Granit als Lagerstätte nach sich ziehen müsste. In den kommenden Jahren soll die Standortauswahl auf zwei Orte reduziert werden. Die endgültige Entscheidung soll 2025 fallen. Die Inbetriebnahme des atomaren Endlagers sei für 2065 vorgesehen.

Isolde Mühlbauer von der Bürgerinitiative Bayerischer Wald sprach über die Dringlichkeit des Zusammenhalts der betroffenen Gemeinden und würdigte den Widerstand der Menschen vor Ort. Sie verwies auf den Einsatz gegen eine WAA in Wackersdorf, deren Ende vor 30 Jahren durch die Bevölkerung erzielt wurde.

Als weiterer Redner aus dem Landkreis Cham sprach Robert Kurzmann, Vorsitzender des Bund Naturschutz, Kreisgruppe Cham. Er wies darauf hin, dass Wissenschaftler sagen, es werde weder heute noch in Zukunft weltweit ein unterirdisches Endlager geben, in dem für etwa eine Million Jahre die radioaktiven Abfälle sicher aufbewahrt werden können. Mit ein Grund dafür ist die nach wie vor aktive Verschiebung der Kontinentalplatten. Die einzige verantwortbare Konsequenz daraus sei, die AKWs sofort abzuschalten und keinen weiteren hoch radioaktiven Müll zu produzieren.